

Landeshauptstadt Magdeburg

Interfraktioneller-Änderungsantrag

DS0601/21/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0601/21	23.03.2022

Absender Stadtrat Jens Rösler (SPD-Stadtratsfraktion) Stadträtin Julia Brandt (SPD-Stadtratsfraktion) Stadtrat Dr. Thomas Wiebe (SPD-Stadtratsfraktion) Stadtrat Matthias Borowiak (Fraktion GRÜNE/future!) Stadträtin Nadja Lösch (Fraktion DIE LINKE) Stadtrat Dennis Jannack (Fraktion DIE LINKE) Stadtrat René Hempel (Fraktion DIE LINKE)	
Gremium	Sitzungstermin
Finanz- und Grundstücksausschuss	06.04.2022
Jugendhilfeausschuss	07.04.2022
Gesundheits- und Sozialausschuss	20.04.2022
Stadtrat	21.04.2022

Kurztitel

Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Beschlussvorlage DS0601/21 wird wie folgt geändert / ergänzt:

1. Im Beschlusspunkt 3 der Drucksache werden die erforderlichen kommunalen Mittel ab 2023 auf die im Konzept beschriebene Personalausstattung (VzÄ) angepasst, unter Bezug auf die tatsächlichen Basiskosten – Grundlage soll die vollständige Besetzung der im Konzept vorgesehenen Stellen sein - von 2022 neu ermittelt und bereitgestellt. Bei der Hochrechnung für 2023 – 2026 sind Tarif- und Stufensteigerungen sowie Inflationsentwicklungen zu berücksichtigen. Über die erfolgte Aktualisierung der erforderlichen Mittel ist in den zuständigen Ausschüssen des Stadtrates zu berichten.
2. Im Beschlusspunkt 4 der Drucksache werden die erforderlichen kommunalen Mittel ab 2023 unter Bezug auf die tatsächlichen Basiskosten von 2022 neu ermittelt und kommunal bereit-gestellt. Mit Bezug auf die Fortschreibung des anzusetzenden Budgets für die Jahre 2023 – 2026 sind Tarif- und Stufensteigerungen sowie Inflationsentwicklungen zu berücksichtigen. Ein Bezug auf Drittmittel ist zu streichen. Ein erneutes Interessenbekundungsverfahren erfolgt nicht. Über die erfolgte Aktualisierung der erforderlichen Mittel ist in den zuständigen Ausschüssen des Stadtrates zu berichten.
3. Das fachliche Profil des „Saftladens“ wird durch sozialpädagogische Fachkräfte (insgesamt 1VzÄ) gesichert. Die anzusetzenden Kosten entsprechend des Qualifikationsprofils werden mit Bezug auf Beschlusspunkt 2 neu ermittelt und bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird in 2022 beauftragt, anhand der im Suchtkonzept beschriebenen Trends die Etablierung einer zusätzlichen Streetworkstelle (0,5 VzÄ) ab 2023 zu prüfen.

5. Als Beschlusspunkt 5 ist in die Drucksache aufzunehmen: In 2023 ist eine Zwischenevaluierung anhand konkreter Themenstellungen (insbesondere Mediensucht, Folgen der Corona-Pandemie insbesondere mit Bezug auf Prävention) vorzunehmen, an der sowohl die Träger, sofern möglich Betroffene als auch die Mitglieder und Kooptierten von GeSo und Jugendhilfeausschuss als auch die psychosoziale AG transparent zu beteiligen sind.
6. Als Beschlusspunkt 6 ist in die Drucksache aufzunehmen: Bei der Fortschreibung des Suchtberatungskonzepts für den Zeitraum nach 2026 ist ein Beteiligungsprozess über alle Erstellungsschritte zu entwickeln. Hierbei sind sowohl die Träger, sofern möglich Betroffene als auch die Mitglieder und Kooptierten von GeSo und Jugendhilfeausschuss als auch die psychosoziale AG zu beteiligen. Über die Prozessarbeit und die Beteiligung ist dem GeSo darüber hinaus regelmäßig Bericht zu erstatten.
7. Als Beschlusspunkt 7 ist in die Drucksache aufzunehmen: Die Verwaltung wird beauftragt, Mitte 2022 einen Entwurf für eine überarbeitete Fachförderrichtlinie vorzulegen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Jens Rösler
Stadtrat
SPD-Stadtratsfraktion

Julia Brandt
Stadträtin
SPD-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Wiebe
Stadtrat
SPD-Stadtratsfraktion

Matthias Borowiak
Stadtrat
Fraktion GRÜNE/future!

Nadja Lösch
Stadträtin
Fraktion DIE LINKE

Dennis Jannack
Stadtrat
Fraktion DIE LINKE

René Hempel
Stadtrat
Fraktion DIF LINKE

